

## Analyse & Debatte



Lichter der Hoffnung? Eine Wahlveranstaltung der kurdischen Partei HDP in Istanbul. Foto: Mehmet Kacmaz (NAR, Keystone)

# Ein Autokrat auf Irrfahrt

Recep Tayyip Erdogan will Alleinherrscher der Türkei werden. Wenn das Volk ihn nicht stoppt, droht dem Land eine düstere Zukunft. *Von Enver Robelli*

Der Mann wähnt sich auf einer historischen Mission. Recep Tayyip Erdogan möchte grosse Spuren hinterlassen, sein Name soll in Zukunft in einem Atemzug mit berühmten osmanischen Herrschern genannt werden. Er baut den grössten Flughafen der Welt, er will das Schwarze Meer mit dem Marmarameer verbinden, sein neuer Palast mit über 1000 Zimmern symbolisiert schon jetzt den Wunsch nach ewigem Machterhalt. An diesem Sonntag ruft der 64-jährige Erdogan das Volk an die Urnen, um den Grundstein für eine neue Türkei zu legen. Seine Türkei.

Der Staatspräsident will Alleinherrscher werden - mit einer Regierung, die er nach Belieben herkommandiert, mit einem Parlament, das nicht mehr als eine Klatschbude ist, und mit einem von ihm persönlich zusammengestellten Verfassungsgericht. Wechsel zum Präsidialsystem nennt sich das beschönigend und verharmlosend. «Die Demokratie ist nicht unser Ziel, sie ist ein Vehikel, ein Tram. Wenn wir an unserer Haltestelle angekommen sind, steigen wir aus.» Das hat Erdogan vor vielen Jahren gesagt, ausgestiegen aus dem Tram der Demokratie ist er aber nach dem gescheiterten Putsch Mitte Juli 2016. Er sprach damals von einem «Geschenk Allahs».

Seither verfolgt er gnadenlos nicht nur die Mitglieder der Gülen-Sekte, der er für den Staatsstreich die Schuld gibt. Die Repressionswelle trifft kritische Geister, Journalisten, Universitätsprofessoren, Menschenrechtler, Schriftsteller, Oppositionspolitiker. Wer den konservativen Lebensstil der Erdogan-Anhänger ablehnt, gilt schnell als Randständiger. Solche Typen werde man «am Ohr packen und rauswerfen», droht der aufbrausende Autokrat. Seine Geheimdienstler versuchen, unliebsame Rivalen in Westeuropa zu entführen. Ausländische Politiker beschimpft Erdogan als Nazis oder Kreuzritter. Sie alle sollen am Sonntag eine «osmanische Ohrfeige» verpasst bekommen.

Die Angst der Türken vor den Lakaien des Staatschefs ist mittlerweile so gross, dass viele lieber in die innere Emigration gehen, als eine Konfrontation mit der regierenden Partei AKP zu riskieren. Wahlen sind mittlerweile die einzige Gelegenheit, um die totale Erosion der türkischen Demokratie abzuwenden. Es ist keineswegs sicher, dass Erdogan gleich im ersten

Wahlgang zum Präsidenten gekürt wird. Manche Umfragen prognostizieren sogar das Undenkbare: Zuerst büsst Erdogans Partei die absolute Mehrheit ein, dann verliert er die Stichwahl am 8. Juli, wenn es der Opposition gelingt, das Volk zu mobilisieren und eine Wechselstimmung herbeizuführen. Wie wird Erdogan reagieren? Seine Anhänger drohen mit einem Bürgerkrieg, wenn ihr Idol die Mehrheit verliert. Eine neue Regierung könnte ihn vom Palast in den Knast vertreiben. Aber auch wenn eine knappe Mehrheit für Erdogan stimmen sollte: In der Gesellschaft dürfte keine Ruhe einkehren.

Erdogan regiert seit 16 Jahren. Jetzt wittert er die grosse Chance, dem laizistischen Establishment den Garas zu machen. Die 1923 von Mustafa Kemal Atatürk gegründete Republik betrachtet er als Betriebsunfall der türkischen Geschichte. Am liebsten würde er an die Grösse des Osmanischen Reiches anknüpfen. Sein Vorbild ist Sultan Abdülhamid II., der von 1876 bis 1909 herrschte - zuerst bejubelt als Modernisierer. Bald jedoch ging er als brutaler Despot in die Geschichte ein. «Neben sich duldet er keine Berater. (...) Seine Umgebung bestand aus lauter Spionen, kriechenden, geldbedürftigen Werkzeugen einer rein persönlichen Politik», schrieb ein Historiker über Abdülhamid.

Das gilt heute auch für Erdogan. Seine Partei AKP hat er zum Jasager-Verein degradiert, innerparteiliche Konkurrenten wurden kaltgestellt. Unter Erdogan droht die Türkei, die älteste Demokratie und die grösste Wirtschaftsmacht

### «Unter Erdogan wird die Türkei zum Familienbetrieb.»



Enver Robelli  
Redaktor International

zwischen Italien und Indien, ein Familienbetrieb zu werden. Seinen Schwiegersohn Berat Albayrak hat Erdogan zum Energieminister gemacht, nun kandidiert der 40-Jährige auf Platz eins der AKP-Liste für Istanbul's wichtigsten Wahlkreis. Manche sehen ihn als Nachfolger Erdogans.

Reich und einflussreich geworden sind die Familien Erdogan und Albayrak vor allem dank der regierungstreuen Calik-Holding, die in vielen Branchen tätig ist. 90 Prozent der türkischen Medien gehören Grossfirmen wie Calik. Mithilfe seiner Propaganda-Kanäle konnte Erdogan bisher die Gesellschaft polarisieren und davon profitieren. Doch der jüngste Wahlkampf hat gezeigt, was dem grossen Vereinfacher immer mehr fehlt: die Glaubwürdigkeit. Die ständigen Attacken auf westliche Demokratien, die fast obsessive Fixierung auf Identitäts- und Religionsfragen, die Weigerung, auf Kritiker zuzugehen, irritieren nicht nur säkulare und liberale Türken.

#### Wirtschaft am Abgrund

Grosse Teile der Gesellschaft haben zudem andere Sorgen. Die Währung verfällt, die Inflation frisst die Einkommen auf, die Wirtschaft steht am Abgrund, es gibt kaum ausländische Firmen, die bereit sind, in der Türkei zu investieren. Mit der Islamisierung des Bildungswesens versucht die AKP, die Gesellschaft umzubauen. Es werden immer mehr religiöse Imam-Hatip-Schulen eröffnet, wo etwa 1,5 Millionen Schüler den Unterricht besuchen. Die Evolutionstheorie gilt als Teufelszeug, deshalb ist sie an öffentlichen Grundschulen aus dem Lehrplan gestrichen worden. Das Bildungsniveau sinkt seit Jahren. Fast 90 Prozent der jungen Leute in der Türkei beherrschen keine Fremdsprache.

Aussenpolitisch hat sich das Land in eine Sackgasse manövriert. Die Strategie «Null Probleme mit den Nachbarländern» ist gescheitert, seit Erdogan die Muslimbrüder in Ägypten, die Hamas und manche Islamisten in Syrien zu seinen Freunden zählt. Gegen die Kurden hat Erdogan einen neuen Krieg vom Zaun gebrochen, Griechenland fühlt sich provoziert, weil der Autokrat aus Ankara die gemeinsame Grenze infrage stellt. Als künftiger Alleinherrscher dürfte der einstige Hoffnungsträger der Türkei kaum fähig oder gewillt sein, die riesigen Herausforderungen zu bewältigen.

**Gastbeitrag** Der Rückzug der USA aus dem Menschenrechtsrat ist gefährlich. *Von Céline Barmet*

## China profitiert vom Manöver

Der Austritt der USA aus dem UNO-Menschenrechtsrat ist mehr als ein Affront gegen Menschenrechtsbemühungen: Er gefährdet die internationale Zusammenarbeit, die es für die Lösung globaler Probleme unbedingt braucht.

Dabei ist die amerikanische Kritik am Menschenrechtsrat nicht unberechtigt. Das Gremium befasst sich überdurchschnittlich viel mit Israel und Palästina - jedenfalls mehr als im Vergleich zur Menschenrechtssituation in anderen Staaten. Zudem nutzen problematische Regimes ihre Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat, um sich gegenseitig vor Kritik zu schützen. Aber dass sich nun die USA aus dem Rat verabschieden, ändert nichts an diesen Mängeln. Der Rückzug spielt im Gegenteil ausgerechnet autoritären Staaten in die Hände. Zum Beispiel China.

#### Länderspezifisch statt universell

Die asiatische Grossmacht nimmt im Menschenrechtsrat eine zunehmend aktive Rolle ein, allerdings mit einer heiklen Stossrichtung. Nach chinesischer Auffassung soll das Recht auf Entwicklung Vorrang erhalten. Dabei stehen für China aber die Rechte der Staaten im Vordergrund - und nicht die individuellen Rechte und Freiheiten der betroffenen Bevölkerung. China besteht zudem auf einem relativistischen Menschenrechtskonzept, das eine Berücksichtigung länderspezifischer Werte und Systeme verlangt.

China stellt also das Prinzip der universellen, unteilbaren und unveräusserlichen Menschenrechte infrage. Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass der zunehmende wirtschaftliche und geostrategische Einfluss Chinas manche Länder unwillig macht, sich gegen die chinesische Haltung in Menschenrechtsfragen zu stellen. Damit wächst die Gefahr der Unterwanderung des westlich geprägten UNO-Menschenrechtssystems.

Die rechtlich unverbindlichen Resolutionen des Menschenrechtsrats führen generell nur dann zu einem wirksamen Schutz von Menschenrechten, wenn Staaten willig sind, diese auf nationaler Ebene umzusetzen. Stetiger diplomatischer Druck, Untersuchungen und der Dialog im Menschenrechtsrat können durchaus Wirkung entfalten. Doch zur Bestrafung schwerer Menschenrechtsverletzungen kann nur der UNO-Sicherheitsrat rechtlich bindende Massnahmen beschliessen.

#### Wichtige Rolle der Schweiz

Der Sicherheitsrat arbeitet allerdings nicht systematisch mit dem Menschenrechtsrat zusammen. Die Schweiz hat 2016 zusammen mit weiteren Staaten dazu aufgerufen, dass die Kooperation von Sicherheits- und Menschenrechtsrat gestärkt wird. Als Sitzstaat diverser Menschenrechtsinstitutionen in Genf könnte sich unser Land als potenzielles nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates von 2023 bis 2024 als Brückenbauerin für dieses Anliegen einsetzen.

Mit dem Rückzug der USA aus dem Menschenrechtsrat verkennt Präsident Donald Trump nicht nur einen Kernauftrag der UNO. Er ignoriert, dass die systematische und weltweite Missachtung von Menschenrechten erhebliche sicherheitspolitische Konsequenzen hat. Wachsende Diskriminierung, gewaltsamer Extremismus, ökonomische Ungleichheit sowie die Folgen des Klimawandels schaffen ein globales Konfliktpotenzial, dem nur im Kollektiv begegnet werden kann.

Der Menschenrechtsrat ist als Forum für Dialog zwischen Staaten und Zivilgesellschaft ein wichtiger Teil dieser Bemühungen. Der Austritt der USA aus diesem Gremium ist nicht nur ein Rückschlag für das globale Engagement zur universellen Umsetzung unveräusserlicher Menschenrechte, sondern auch für die regelbasierte, liberale und demokratische internationale Ordnung insgesamt.



Céline Barmet  
Die Politologin ist Forschungsassistentin am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.